Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 408. [32. Jahrgang.] **Berlin, Donnerstag den 31. August 1893, Abends.** [32. Jahrgang.] Nr. 408.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48,** SW. **Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Für den Monat **September** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **ℳ 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 31. August.

Recht langer Zeit hat das offizielle Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes bedurft, um dem Züricher international-sozialrevolutionairen Kongreß seinen Epilog zu schreiben. Die Züricher Vorgänge ließen es ja begreiflich erscheinen, wenn man von Parteiobrigkeitswegen dieselben ein wenig in Vergessenheit gerathen ließ, bevor man die alte Verherrlichungsmelodie wieder anstimmte. Hatte auch der „Vorwärts" gerade über den amusanteren Theil der Kongreßvorgänge so lakonisch wie möglich berichtet, Einiges darunter dürfte aus den „Bourgeois"-Blättern doch in die Kreise der „Genossen" gedrungen sein, und dieses Wenige in der Erinnerung verblassen zu lassen, mochte gerathen erscheinen; hat man doch schon genug des Widerspruchs innerhalb der eigenen Partei und nicht nöthig, denselben noch besonders zu reizen.

Natürlich lehnt der „Vorwärts" die von anderen Seiten an dem Kongreß und seinen „Erfolgen" geübte Kritik ab. Offenbar mit gutem Grunde! Die Gesichtswinkel, aus denen Blätter der bürgerlichen Parteien diese Dinge beurtheilen, sind eben dem sozialdemokratischen „Normal"-Maß so wenig kongruent, daß es vollkommen erklärlich ist, wenn Jene Fiasko und Mißerfolg dort erkennen, wo der „Vorwärts" vollen Erfolg, „mit dem die Partei Ursache hat zufrieden zu sein", sieht.

Ueber diese Meinungsverschiedenheiten ein Wort zu verlieren, wäre vergeblich, zwischen ihnen giebt es weder Verstehen noch Ausgleich —; der „Vorwärts" selbst aber, der in der ersten Spalte seines Artikels mit vollen Backen das Lob des Züricher Kongresses geblasen, ist schon in der dritten an Erkenntniß so weit gereift, um zu wissen, wo „der Feind" im eigenen Lager zu suchen ist, den es bei späteren Kongressen zu überwinden gilt.

Dieser Feind ist die Vielsprachigkeit — so sagt der „Vorwärts". Um ihn zu besiegen, empfiehlt er, das bisherige System aufzugeben, nach welchem abwechselnd jede „Nation" einer Kongreßsitzung präsidirt, das Bureau des Kongresses also eine von Tag zu Tag veränderliche „Größe" darstellt. Das Blatt schildert die auf den bisherigen sozialrevolutionairen Kongressen von ihm beobachtete „Misère" der „Vielsprachigkeit" recht drastisch wie folgt:

„Zum Präsidiren gehören bestimmte Fähigkeiten und gehört Uebung. Ist es schon schwierig, einen einsprachigen Kongreß zu leiten, wie viel mehr einen vielsprachigen. Vielsprachig — abgesehen von der sonstigen Fähigkeit, den Vorsitz zu führen — müssen die Präsidenten und Bureaumitglieder eines internationalen Kongresses sein, weil sie andernfalls nicht in Fühlung mit der Masse der Theilnehmer sein und ihre Meinungs- und Willensäußerungen nicht mit der nöthigen Schnelligkeit bekunden können. Ein Präsidium, das erst übersetzen lassen muß: „X oder Y hat das Wort", „wir stimmen ab" u. s. w. hat die Zügel nicht in der Hand. Und wie sehr ermüdet das Uebersetzen! Den Uebersetzer und den Hörer. Namentlich wenn es in voller Ausführlichkeit geschieht. Auch hier ist zu lernen. Die Uebersetzung muß möglichst knapp sein, den Sinn packend, nicht die Worte, außer wo es auf sie ankommt. Der Tumult, über den zimperliche Bourgeois-Berichterstatter die Nase gerümpft haben, entsprang in den meisten Fällen der Ungeduld beim Anhören einer Uebersetzung in nicht verstandener Sprache. Sogar die so gut disziplinirten Deutschen mußten verschiedentlich wegen allzu lauter — Unaufmerksamkeit bei solcher Gelegenheit zur Ruhe gemahnt werden. Und da nehme man nun die Wirkung auf die lebhaften Franzosen, die obendrein, weil bloß wenige Redner sich unter ihnen befanden, nur selten die kleine Genugthuung hatten, eine Originalrede in ihrer eigenen Sprache zu hören. Die Originalreden werden beiläufig auf unseren internationalen Kongressen auch von Denen, die der Sprache unkundig, mit mehr Langmuth angehört, als Uebersetzungen — ohne Zweifel, weil sie lebendiger sind. Es ist bekannt, daß ein guter Redner auch auf ein Publikum, das seine Sprache nicht versteht, Eindruck zu machen pflegt. Die Wirkung einer Rede liegt nicht bloß in den Worten.

Genug — ein ständiges, aus geeigneten Personen gebildetes Bureau ist es, was uns noth thut."

Wird das aus der sozialdemokratischen „Vielsprachigkeit" in einfaches Deutsch übersetzt, so dürfte es am Richtigsten dahin gelesen werden: die Leiter der deutschen Sozialdemokratie verlangen für künftige international-revolutionaire Kongresse ein von vornherein bestimmtes „ständiges" Bureau, welches „die Sache in der Hand hat", d. h. dafür sorgt, daß die Weisungen der, wie immer hinter den Koulissen verbleibenden Hauptregisseure prompter als bisher befolgt werden. Stellen aber die bisherigen „Tages"-Präsidenten an ihre zum Gleichheitsdusel dressirte Klientel eine derartige, allem „internationalen" Herkommen widersprechende Forderung, so werden sie wohl triftige Gründe dafür haben. Die Vielsprachigkeit aber ist nur der „markirte" Feind, den man dem blinden Hödur zeigt, weil man ihm nicht sagen darf, daß die „freieste" aller Parteien einer Kongreßdespotie benöthigt ist, falls sie nicht bei der nächsten schönen Gelegenheit aus der partiellen in die absolute, universelle Holzerei verfallen soll.

Wie schon Marx gethan, als er daran ging, den historisch gewordenen und ihm gegebenen Gesellschaftszustand zu analysiren und zu kritisiren, so haftet auch betreffs der Kongreß-Vielsprachigkeit die internationale Sozialdemokratie an der Aeußerlichkeit, statt in das Wesen der Sache einzugehen.

Nicht die Vielsprachigkeit — der wollte ja ein international-sozialrevolutionairer Spaßvogel in Zürich durch den Antrag abhelfen, jeder Genosse solle Volapük lernen —, nicht der Mangel des Verstehens der Worte sind der „Feind" derartiger Kongresse, sondern, wie wir an dieser Stelle bereits berührten, der Umstand, daß sich unter denselben Worten jede der auf solchen internationalen Kongressen erscheinenden „Nationen" etwas ganz Anderes denkt. Wie weit dieser geistige, nicht sprachliche Dissens reicht, davon lieferte erst kürzlich, aber schon nach dem Züricher Verbrüderungskongresse, der „Vorwärts" ein eklatantes Beispiel, indem er die in Aigues-Mortes ermordeten und insultirten Italiener als „Kulis" einfach unter die Chinesen warf.

Vielsprachigkeit ist Kongressen gebildeter Männer niemals zum Hinderniß geworden, und dazu werden sich die Propheten der internationalen Sozialbeglückung gewiß rechnen wollen. Andere Kongresse verstehen eben den sie einigenden, tragenden Gedanken, mag er in welche Sprache immer gekleidet sein. Proletariervertretungen jedoch, die ihren Anhang, sofern er einmal praktisch nach ihren Worten zu handeln anfängt, als Kulis brandmarken, verstehen einander nicht, gleichviel ob Spracheinheit oder Vielsprachigkeit sonst sie beherrsche. Jeder von ihnen übersetzt jede Forderung so, wie sie ihm persönlich nützt, jede Nation thut dasselbe, und dem wird auch ein aus „geeigneten Männern" zusammengesetztes „ständiges" Bureau international-sozialrevolutionairer Kongresse kaum abzuhelfen vermögen.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin werden, wie uns aus **Koblenz** gemeldet wird, am 1. September, Vormittags 10 Uhr, auf dem Rhein-Mosel-Bahnhofe daselbst eintreffen. Die Abreise von der Wildparkstation dürfte mittelst Sonderzuges um 10½ Uhr Abends erfolgen. Um 7 Uhr Abends findet dann in Koblenz eine größere Tafel und eine Beleuchtung der Rheinanlagen statt. Am nächsten Tage in der Frühe fahren die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften von Koblenz bis Euern bei Trier, woselbst Se. Majestät die Parade abnehmen wird. Am Nachmittage erfolgt alsdann die Rückkehr nach Koblenz, woselbst später die Paradetafel und um 9 Uhr großer Zapfenstreich stattfindet. Am folgenden Tage soll alsdann die Abreise Sr. Majestät des Kaisers nach Metz erfolgen.

Man schreibt uns aus **Straßburg i. E.,** 30. August:

Der Ober-Hofmarschall Graf zu Eulenburg ist gestern Mittag in Metz eingetroffen und hat im Bezirkspräsidium dortselbst Wohnung genommen. Nunmehr ist auch die Quartierliste für die fremden Fürstlichkeiten, welche als Gäste Sr. Majestät des Kaisers in Metz eintreffen werden, festgestellt worden. Se. königl. Hoheit der Kronprinz von Italien wohnt im Bezirkspräsidium. Er ist begleitet vom Generaladjutanten Generalmajor Terzaghi und einem Adjutanten. Zum Ehrendienst ist der Generallieutenant Edler von der Planitz kommandirt. Se. Majestät der König von Sachsen wohnt im Gouvernement. Zum Ehrendienst ist der Gouverneur von Straßburg, General der Infanterie von Bergmann, kommandirt. Se. königl. Hoheit Prinz Ludwig von Bayern wohnt bei Frau Generalmajor v. Giehrl. Zum Ehrendienst ist der Gouverneur von Metz, General der Infanterie von Fischer, kommandirt. Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent von Braunschweig wohnt beim Ober-Postdirektor Knauf. Ihre königl. Hoheiten die Prinzen Leopold und Rupprecht von Bayern wohnen bei den Herren Generalmajor Schuhmacher und Oberst Durlacher. Ferner werden noch eintreffen: Se. königl. Hoheit Prinz Georg von Sachsen, Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar und Se. königl. Hoheit der Fürst von Hohenzollern. Se. königl. Hoheit der Großherzog von Baden wird, wie immer, im „Europäischen Hofe" Wohnung nehmen, Se. Durchlaucht der kaiserliche Statthalter Fürst zu Hohenlohe beim Polizeidirektor Dall. Ferner ist noch zu erwähnen, daß Generalfeldmarschall Graf v. Blumenthal beim kommandirenden General des 16. Armeekorps Grafen v. Haeseler, der Reichskanzler v. Caprivi beim Kreisdirektor Gundlach, der Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau beim Lyzealdirektor Dr. Hermann Wohnung nehmen werden. — Was Pferdematerial und Bedienung anbelangt, so werden in Urville 100, in Metz 150 Pferde eintreffen. 125 Mann werden als Stallpersonal in der Kaiser Wilhelms-Kaserne, 70 in Urville untergebracht werden. Ferner werden 120 Diener im Lyzeum und 30 im Bezirkspräsidium Unterkunft finden.

Der Herr Reichskanzler, General Graf **von Caprivi** ist zur Theilnahme an den Kaisermanövern heute früh 8 Uhr 23 Minuten in Begleitung seines Adjutanten, des Majors Ebmaier, und eines Chiffreurs nach Koblenz abgereist.

Der bisherige Staatssekretair im Reichs-Schatzamt Freiherr **v. Maltzahn,** welcher gestern aus Gültz hier eingetroffen ist, hat, wie wir erfahren, heute die Geschäfte seinem Nachfolger, dem Grafen v. Posadowsky, übergeben.

Nach einer Meldung des „W. T. B." aus **Kapstadt,** 31. August, hat zwischen der deutschen Schutztruppe und den Witboois bei Naos am 10. Juli ein **Gefecht** stattgefunden, bei welchem die Witboois fünf Todte hatten. Auf deutscher Seite sind die Reiter Baumgarten, Grünberg und Hoch verwundet.

Es wird beabsichtigt, den **Bau von Schiffen** für deutsche Rhedereien einer staatlichen Beaufsichtigung zu unterwerfen. Der Staatssekretair im Reichsamt des Innern v. Boetticher hat unter dem 24. Juli im Auftrag des Reichskanzlers ein diese Angelegenheit behandelndes Schreiben an den Handelsminister v. Berlepsch gerichtet, das von diesem, wie die „N. Stett. Ztg." mittheilt, den Handelskammern zur Begutachtung unterbreitet worden ist. Dasselbe lautet:

„Die Ueberwachung des baulichen Zustandes der Seeschiffe — die Prüfung der Baupläne, die Beaufsichtigung der Bauausführung und die Kontrolle über die Erhaltung der Seetüchtigkeit — liegt in Deutschland zur Zeit wesentlich in der Hand der Schiffsklassifikations-Anstalten. Eine staatliche Ueberwachung findet zwar bei den Auswandererschiffen und vielleicht auch bei anderen Passagierschiffen in Betreff des äußeren Zustandes und der Ausrüstung der Schiffe vor dem jedesmaligen Antritt der Reise statt; die vornehmlich an der Hand der Baupläne und während der Bauausführung wirksam vorzunehmende Prüfung der Festigkeit und Stärke und Schiffskonstruktion ist jedoch den staatlichen Organen in der Regel entzogen, sie wird im heutigen Verkehr durch das Zertifikat der Klassifikationsanstalt ersetzt. Aus Anlaß dieser Lage der Verhältnisse ist die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht im Interesse der Sicherheit des Seeverkehrs geboten erscheine, unbeschadet der Thätigkeit der Klassifikationsanstalten, eine der Wichtigkeit der betheiligten Interessen entsprechende Ueberwachung des Bauzustandes unserer Seeschiffe durch staatliche Organe einzuführen. Es ist dabei geltend gemacht, daß die Einrichtung der Klassifikationsanstalten dazu geführt habe, die Verantwortung für die Tüchtigkeit des Baues den bauausführenden Werften im Wesentlichen abzunehmen, da diese den Bauvorschriften der Klassifikationsanstalten zu folgen genöthigt seien. Diesen Anstalten und namentlich den von ihnen angestellten Experten und Besichtigern falle in der Hauptsache die Entscheidung darüber zu, welche Anforderungen hinsichtlich der Stärke und Festigkeit des Schiffskörpers zu stellen seien. Die Konkurrenz unter den Klassifikationsanstalten bringe die Gefahr mit sich, daß aus geschäftlichen Rücksichten die technischen Anforderungen unter das durch das Sicherheitsinteresse gebotene Maß herabgedrückt würden; so erkläre es sich, daß bei großen, dem transozeanischen Personenverkehr dienenden Schiffen, für welche das Maß der Sicherheit zugleich von hervorragender geschäftlicher Bedeutung ist, die Rhedereien von der bauausführenden Werft schon vielfach Stärkeverhältnisse verlangen, welche über die Vorschriften der Klassifikationsanstalten nicht unerheblich hinausgehen. Es komme hinzu, daß nach der Lage der thatsächlichen Verhältnisse die Schiffsklassifikation in Deutschland noch in erheblichem Umfange von ausländischen Anstalten ausgeübt werde, auf welche die staatliche Gewalt einen ausreichenden Einfluß zu üben nicht in der Lage sei. Wünschenswerth erscheine es, die Verantwortung für die Tüchtigkeit unserer Schiffsbauten von den Klassifikationsanstalten wieder mehr auf diejenige Stelle zu übertragen, welche die Arbeit geleistet habe, nämlich auf die bauausführende Werft und deren Leiter. Zu diesem Zwecke werde es, vorbehaltlich einer Ausgestaltung des Seeunfallgesetzes, welche es ermögliche, den Schiffsbauer in ähnlicher Weise zur Verantwortung zu ziehen wie den Schiffsführer und den Maschinenleiter, sich empfehlen, einer schiffsbautechnischen amtlichen Stelle im Reiche die Ueberwachung der Konstruktion aller unter deutscher Flagge fahrenden Handelsschiffe zu übertragen. Das Bedürfniß trete bei denjenigen Schiffen, welche dem Personenverkehr dienen, in stärkerem Maße hervor, als bei den Frachtschiffen. Während daher bezüglich der letzteren vorläufig genüge, wenn die schiffsbautechnische Amtsstelle von den Plänen zu Neubauten unter Angabe aller für die Seetüchtigkeit des Schiffes einflußreichen Momente seitens der Erbauer oder Rheder Kenntniß erhalte, werde es bei den Schiffen, welche dem Personenverkehr dienen, nöthig sein, die Bauausführung von einer vorgängigen obrigkeitlichen Genehmigung der Pläne durch jene Amtsstelle abhängig zu machen, die Ausführung selbst staatlich zu überwachen und auch nach vollendetem Bau eine periodische Besichtigung und Prüfung des Bauzustandes durch staatliche Organe eintreten zu lassen. Die weitgehenden Folgen der Einführung einer staatlichen Kontrolle über den bisher von solchem Zwange freien Schiffsbau, insbesondere die damit verbundenen Unbequemlichkeiten für die betheiligten Gewerbe verkenne ich nicht. In einer Zeit jedoch, wo der bedeutendste Seestaat Großbritannien, in weiterer Ausbildung der durch die Plimsollsche Merchand Shipping Act von 1876 eingeleiteten Gesetzgebung zum Schutze des Lebens auf See, zu Maßnahmen übergeht, welche sich auch für Kauffahrteischiffe fremder Nationen bereits merklich fühlbar machen, wird Deutschland der Anforderung, auch seinerseits durch präventive Vorkehrungen der Sicherheit seines Schiffsverkehrs staatliche Fürsorge zuzuwenden, sich kaum entziehen können. Inwieweit dabei, unabhängig von den nach Vorstehendem angeregten Maßnahmen, dem Vorbilde der britischen Gesetzgebung zu folgen sein würde, kann späterer Erörterung vorbehalten bleiben. Zunächst ist es für mich von Werth, die Ansicht der hohen Regierungen der Bundesstaaten darüber kennen zu lernen, ob und in wieweit sie die vorbezeichneten Maßnahmen als im Bedürfniß liegend und durchführbar betrachten. Indem ich mir vorbehalte, gegebenen Falls die weitere Erörterung der Angelegenheit im Schooße einer besonderen Kommission zu veranlassen, beehre ich mich, Eure Exzellenz um eine gefällige Rückäußerung ergebenst zu ersuchen."

Aus **Neapel** wird uns untem 28. August geschrieben:

„Seit acht Tagen befindet sich Neapel gleichsam im Kriegszustande. Die strategischen Punkte, die größeren Plätze und Straßen der Stadt, die bedeutenden öffentlichen Gebäude sind militairisch besetzt, Regimenter und Eskadronen kampiren in den Straßen, zahlreiche Patrouillen durchstreifen dieselben fortwährend, das Militair hat die Leitung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit übernommen, und die Bevölkerung, welche mehrere Tage hindurch unter dem Terrorismus eines rohen und zu allen Ausschreitungen geneigten Pöbels lebte, athmet wieder auf; die arg gefährdete öffentliche Ruhe und Sicherheit ist wieder hergestellt.

Man muß den Pöbel, die süße Straßenjugend von Neapel kennen, um sich von der wüsten, herausfordernden Haltung derselben einen Begriff zu machen, und die Besorgniß der Bevölkerung zu theilen, daß dieselbe, durch geschickte Elemente noch mehr aufgehetzt, eine revolutionaire Bewegung in Szene zu setzen beginne, deren Ende Mord und Plünderung sein müßte, und man wird daher der Regierung und den Behörden Dank wissen, daß dieselben, die Gefahr erkennend, zu Maßregeln schritten, welche die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit der Stadt, den Schutz des Lebens und Eigenthums der ruhigen Bevölkerung im Auge hatten.

Von den politischen Demonstrationen gegen die Massacres in Aigues-Mortes und somit gegen Frankreich ausgehend, und diese Demonstrationen gegen das französische Generalkonsulat, französische Institute, französische Gesellschaften und selbst Privatpersonen ausdehnend, begann der Pöbel und die in keiner Stadt der Welt so widerliche und freche Straßenjugend mit der Demolirung der geschäftlichen Auslagen, der Schilder, der Fenster nicht nur der französischen, sondern auch der anderen Geschäftsleute, ging dann, da sich inzwischen auch ein Kutscherstrike eingestellt hatte, zum Angriff auf die den Verkehr ausschließlich besorgenden Tramways und Omnibusse über und gelangte endlich zur Zertrümmerung der Straßenlaternen, um im Dunkel der Nacht ihr Unwesen desto besser treiben zu können, bis endlich die Regierung zur Uebergabe der Funktionen der öffentlichen Sicherheit an das Militair schritt.

Die von persönlichen und Parteileidenschaften erfüllte politische und parlamentarische Opposition, welche in Neapel ihr Hauptquartier hat, und die ihr angehörende Oppositionspresse suchte, statt ihren Einfluß zur Beruhigung der aufgeregten Massen anzuwenden und vermittelnd einzutreten, mit ihren heftigen und ungerechten Angriffen auf die Regierung und deren Organe, diese zu diskreditiren und deren Aktion zu stören.

Unwillkürlich fällt einem die Anekdote von dem Jäger ein, welcher, von der Jagd heimkehrend, von einem bissigen Köter wüthend angefallen, denselben niederschoß und, von dem Besitzer verklagt und vor Gericht gestellt, dem fungirenden Richter auf dessen Einwendung, daß er sich zur Abwehr des wüthenden Köters des Gewehrkolbens hätte bedienen können, die treffende Antwort gab: „Ja, ich hätte dies jedenfalls gethan, wenn mich der Köter mit dem Schwanze und nicht mit dem Gebisse angegriffen hätte", wenn man die Haltung der Oppositionspresse gegen die Regierung und deren zur Herstellung der öffentlichen Sicherheit berufenen Organe beobachtet.

Weil die öffentliche Sicherheitsbehörde, von dem bis zur Tobsucht aufgeregten Pöbel mit Steinwürfen, Messerstichen und selbst Revolverschüssen angegriffen, endlich zu ihrer Selbstvertheidigung von der Waffe Gebrauch machte und dabei ein Exzedent verwundet und ein Straßenjunge erschossen wurde, überschüttet diese Presse die Regierung und ihre Organe mit Schmähungen, nennt sie Bluthunde, welche „gegen friedliche Bürger und unbewaffnete Leute sich wende", während thatsächlich diese „friedlichen und unbewaffneten Bürger", mit Steinen, Dolchen und Revolvern bewaffnet, die öffentlichen Sicherheitsorgane, von denen weit mehr als von den Exzedenten verwundet und getödtet wurden, angriffen und die Repression selbst sozusagen bei den Haaren herbeizogen.

Diese geradezu widerliche und unpatriotische Haltung der hiesigen Presse der Opposition trägt nicht wenig Schuld an den letzten bedauerlichen Ereignissen und empört um so mehr, da es Niemandem ein Geheimniß ist, daß bloß persönliche Ranküne und politische und Parteileidenschaften das Verhalten derselben und der Opposition bestimmten."

Die **überseeische Auswanderung** aus dem Deutschen Reich über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam, belief sich nach den Zusammenstellungen des kaiserlichen Statistischen Amts in den Monaten Januar bis Juni 1893 auf 47 519 Personen. Hiervon kamen aus der Provinz Posen 5302, Westpreußen 4132, Pommern 4015, Brandenburg mit Berlin 3624, aus Bayern rechts des Rheins 3538, der Provinz Hannover 2984, aus dem Königreich Württemberg 2672, der Provinz Rheinland 2468, aus dem Königreich Sachsen 2072, der Provinz Schleswig-Holstein 2055, Schlesien 1571, dem Großherzogthum Baden 1507, aus der Provinz Hessen-Nassau 1457, Provinz Sachsen 1386, Westfalen 1318, Ostpreußen 1109, aus der Rheinpfalz 837, dem Großherzogthum Hessen 758, Oldenburg 720, Mecklenburg-Schwerin 554. Der Rest von 3440 entfällt auf die übrigen Gebietstheile des Reichs. An der Beförderung dieser Auswanderer sind die deutschen Häfen mit 40 361 Personen betheiligt, und zwar gingen über Bremen 22 587, über Hamburg 17 774. Von Antwerpen reisten 6231, von Rotterdam und Amsterdam 927. Ueber deutsche Häfen wurden außer den 40 361 Deutschen noch 59 004 Auswanderer aus fremden Staaten, und zwar über Bremen 39 870, Hamburg 19 134 befördert.

Rundschau im Auslande.

Die einstündige Rede, mit welcher der **englische** Premier, Herr Gladstone, in der gestrigen Sitzung des Unterhauses die dritte Lesung der Homerule-Vorlage empfahl, konnte selbstverständlich etwas Neues kaum mehr bieten. Die Auslassung ist aber bemerkenswerth durch die Klarheit, mit welcher ausgesprochen ist, daß die Parteinahme für oder wider in der irischen Frage auf einer Verschiedenheit der Geschichtsauffassung beruht, also auf einem Prinzip, das eine Verständigung auf Grund ausschließlich rationaler Argumente ausschließt. Wer einmal der Ansicht huldigt, daß die Herrschaft einer Rasse über die andere ein menschenunwürdiges Verbrechen sei und daß die Großmuth des Befreiers eine Bürgschaft gewähre für künftige Mäßigung und Gerechtigkeit des Befreiten; wer überzeugt ist, daß auf diese allgemein-humanitairen Grundsätze sich eine Dauer versprechende Verfassung für ein Weltreich begründen lasse, der wird jedem aus Erfahrung und Praxis hergenommenen Einwand gegenüber sich eben immer wieder auf sein Prinzip berufen. Und er wird dazu, wenn er zu dem Prinzip sich offen bekennt, das volle Recht haben. Umgekehrt werden sich natürlich auch die Praktiker oder Realpolitiker durch keine auf Grundlage eines Prinzips konstruktiv vorgehende Politik von ihrer Anschauungsweise abbringen lassen. Die Entscheidung kann nur durch Berufung an das Volk bei den nächsten Parlamentswahlen erfolgen. Herr Gladstone äußerte u. a. in seiner gestrigen Rede:

„Nach meinem Dafürhalten und dem Jener, die in verschiedenen Ländern die Frage der Geschicke Irlands geprüft, ist der Schandfleck, den dieselben der Ehre Englands aufgedrückt, noch keineswegs völlig beseitigt; die Beziehungen zwischen England und Irland gereichen selbst jetzt dem glänzenden politischen Genie Englands oder seiner warmen Hochherzigkeit durchaus nicht zur Ehre. Wir weisen diese Anklagen zurück, wir bestreiten, daß der irischen Rasse das Brandmal der Unfähigkeit aufgedrückt worden, wir haben Vertrauen in eine rationelle Freiheit, wir setzen Vertrauen in deren Wirksamkeit als Werkzeug einer rationellen Erziehung, wir fühlen endlich, daß die Annahme dieser großen Maßregel seitens des Hauses der Gemeinen nach mehr als achtzigtägiger Debatte den größten aller der Schritte bilden wird und bilden muß, die bislang ergriffen worden zur Erzielung ihres sicheren und baldigen Triumphes."

Die Erregung der englischen Presse über Frankreichs Vorgehen in Indo-China ist ersichtlich noch im Wachsen begriffen. „Daily Chronicle" berichtet aus Bangkok, daß seit Ankunft des französischen Bevollmächtigten Frankreichs Forderungen täglich zunehmen. Falls Frankreich auf diesen Forderungen bestände, würde Siam zu verzweifelten Schritten getrieben werden. Frankreich scheine dies zu wünschen, um sein Protektorat über Siam erklären zu konnen. Seit Eröffnung der diplomatischen Verhandlungen hätten die Franzosen beständig eine herausfordernde Politik verfolgt, und nach der Meinung der eingeborenen Beamten wie der europäischen Ansässigen sei das französische Protektorat unvermeidlich, falls nicht die englische Regierung sich ins Mittel lege. Die Handelskammer in Singapore hat schon an Lord Rosebery das Gesuch gerichtet, daß er das französische Protektorat, das den englischen Handel in Siam vernichten würde, verhindere. Die „Pall Mall-Gazette" äußert in ihrer Abendnummer, daß nunmehr ein rasches und energisches Handeln geboten sei, da Frankreich das Protektorat erklären könnte, und die Intervention Englands dann zu spät käme. Die „Pall Mall-Gazette" verlangt von den sämmtlichen Handelskammern, bei dem Minister des Aeußern vorstellig zu werden, die auf das Aeußerste gefährdeten englischen Handelsinteressen zu beschützen.

Wie der „Standard" aus Shanghai meldet, ist die **chinesische** Regierung über die wachsenden Forderungen der Franzosen in Siam sehr aufgebracht. Siamesische Abgesandte hätten wiederholte Unterredungen mit Li-hung-tschang gehabt; es seien energische Instruktionen an den chinesischen Gesandten in Paris telegraphirt worden.

In **Spanien** sind bedeutsamere Ruhestörungen gestern nicht vorgekommen, aber Agitationen verschiedener Art machen sich an zahlreichen Orten des Landes bemerkbar. Der Pariser „Gaulois" meldet aus San Sebastian, daß eine gutinformirte Persönlichkeit erklärte, die Ruhe werde während der kommenden 48 Stunden ungestört bleiben, jedoch seien schwere Ruhestörungen für nächsten Freitag zu erwarten, weil die Dekrete, welche die Lokalprivilegien abschaffen, am 1. September zur Ausführung gelangen sollen. Die Regierung hat in der Stille Maßregeln getroffen, um alle Ruhestörungen zu unterdrücken. Sämmtliche Truppen sind konsignirt und die Gendarmerieposten in allen Städten verstärkt. Die Königin-Regentin wird San Sebastian nicht verlassen, weil ihre Abreise den schlechtesten Eindruck auf das Volk machen würde.

Im Senat zu **Washington** begann gestern Vormittag die Diskussion über den Antrag Vorhees. Sherman selbst hielt eine Rede für die Abschaffung der nach ihm benannten Bill und hob dabei hervor, die gegenwärtige Krisis sei nicht durch die Bill, sondern durch die Veränderungen in den Zolltarifen hervorgerufen. Sherman schlug die Emission von Obligationen vor, um die Krisis zu mildern und jedes Defizit zu vermeiden. Nach seiner Ansicht würde man jetzt noch den Ueberschuß an Silber im Staatsschatz in Geld ausprägen können. Die Rede Sherman's, dessen Name mit der Bill so eng verknüpft ist, machte großen Eindruck. Sherman's Meinung übt einen großen Einfluß auf die republikanischen Senatoren, welche voraussichtlich den von ihm gemachten Vorschlag annehmen werden.

In Chicago hat man bekanntlich schon seit längerer Zeit den Ausbruch von Unruhen befürchtet, in Folge der großen Anzahl von beschäftigungslosen Arbeitern, die sich dort angesammelt haben. Gestern früh hielt eine große Anzahl Arbeitsloser am Seeufer ein Meeting ab und machte Miene, Ruhestörungen zu begehen. Es wurden sofort 500 Schutzleute nach dem Versammlungsort abgesendet und weitere 1000 Schutzleute requirirt. 500 Italiener zogen durch die Statestreet, machten vor dem Geschäfte von Rizzari Halt und verlangten Gewehre. Als diesem Verlangen von Rizzari nicht nachgegeben wurde, kehrten die Italiener an das Seeufer zurück, wo die Aufregung immer mehr zunahm. Die Menge ging gegen die Polizei vor, wurde aber durch einen raschen Angriff derselben zerstreut. Mehrere Gatling-Kanonen waren für den Nothfall aufgefahren worden.